

Es geht in allen Dingen um politische Entscheidungen. Es ist ein Märchen, daß Ökonomie die Priorität hat; es sind vorher politische Entscheidungen gefallen, und auch die freie Marktwirtschaft ist eine politische Entscheidung.

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Meine Damen und Herren! Minister Meckel hat ums Wort gebeten, da einige konkrete Anfragen an ihn in den Redebeiträgen ergangen sind. Herr Minister, bitte kurz dazu Stellung zu nehmen.

**Meckel, Minister für Auswärtige Angelegenheiten:**

Verehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu einigen Fragen, zu denen hier Anfragen an mich gestellt wurden, möchte ich hier kurz Stellung nehmen.

Zuerst eine Richtigestellung: Ich habe die Begrenzung von Streitkräften auf deutschem Boden als eine deutsche Initiative begrüßt, anders als Sie es dargestellt haben. Ich habe außerordentlich begrüßt, daß sich die Bundesrepublik unserem Vorschlag angeschlossen hat, daß beide deutsche Staaten mit einer Initiative zur Obergrenze deutscher Streitkräfte sich in die Wiener Verhandlungen einbringen, um dann zu einer gemeinen zentral-europäischen Lösung zu kommen. Dies kann ich und will ich nur begrüßen, denn dies war ja unser Vorschlag. Unsere Zahl war niedriger. Doch ich denke, wir werden auch von 370 000 dann wieder niedriger kommen. Ich halte auch 370 000 für eine verkraftbare Zahl und für eine deutliche Herabsetzung. Dies zum ersten.

Das zweite betrifft die Frage des unterschiedlichen Status der Armee im östlichen Deutschland. Und ich möchte hier nur zur Versicherung auch die DSU- und CDU-Abgeordneten auf einen Abschnitt unserer Koalitionsvereinbarung hinweisen, die sie meines Wissens unterschrieben haben, denn sonst würden sie dieser Koalition ja nicht angehören.

„Auf dem heutigen Gebiet der DDR befinden sich für eine Übergangszeit neben den sowjetischen Streitkräften deutsche Streitkräfte, deren Aufgabe der Schutz dieses Gebietes ist und die weder der NATO unterstellt noch Teil der Bundeswehr sind.“

Drei kurze Bemerkungen dazu: Hintergrund für den Text dieser Koalitionsvereinbarung war einmal die Frage nach einem unterschiedlichen sicherheitspolitischen Status, d. h., daß sie eben nicht der NATO angehören. Dies halten wir sicherheitspolitisch für sinnvoll, und dann ist es auch durchaus eine Frage der Befehlsstruktur.

Das zweite: Wichtig ist für uns - und darüber waren wir uns auch in Gesprächen im Ministerrat durchaus einig - zu sagen: „Wir wollen, daß unsere Zivildienstgesetzgebung, die wir in langer Tradition des Widerstandes gegen die früheren Regierungen der DDR durchgesetzt haben, so bleibt, daß Zivildienst und Wehrdienst gleichberechtigt sind, also auf der Grundlage einer Wehrpflicht ein gleichberechtigter Zivildienst möglich ist und keine Gewissensprüfung stattfindet wie in der Bundesrepublik. Dies ist unsere Politik. Man kann vermutlich nicht erwarten, daß es die Bundesrepublik unmittelbar übernimmt. Deshalb brauchen wir auch hier eine eigene Regelung.“

Und dazu kommt folgendes: Wenn es sofort eine gemeinsame Bundeswehr gäbe, hieße das entweder Auflösung der NVA - da fragen Sie mal, was das dann auch politisch heißt, auch sozialpolitisch, und es ist ein bewaffneter Teil unseres Volkes - oder Verschmelzung mit der Bundeswehr. Und da fragen Sie mal die Soldaten und Offiziere der Bundeswehr, ob man akzeptiert, daß ein Hauptmann der NVA unmittelbar einem Hauptmann der Bundeswehr gleichgestellt ist. Hier gibt es völlig unterschiedliche Strukturen. Die kann man nicht so einfach und unmittelbar verschmelzen.

Zum nächsten Punkt, zur Frage der Finanzen: Es ist richtig, daß das Außenministerium sowohl im Personalbestand als auch in der Finanzierung der Botschaften noch einiges Geld aufzuwenden hat. Gestern wurde ich im Auswärtigen Ausschuß auch nach den Investitionen gefragt, danach, weshalb hierfür noch 10 Millionen verwandt werden. Und ich kann hier erklären, daß dies ausschließlich für Bautätigkeit verwandt wird, die begonnen ist. Wir wollen keine Investruinen stehen lassen; denn das, was hier für Deutschland gebaut wird, soll auch ins künftige Deutschland eingehen, da wollen wir keine Investruinen stehen lassen.

Wir haben natürlich einen großen Personalbestand im Außenministerium. Wir sind dabei, ihn um 20 Prozent zu reduzieren. Am Anfang dieses Jahres war ein doppelt so hoher Personalbestand, wie nach dem Haushaltsplan für das Ende des Jahres vorgesehen ist, jedenfalls von den Zahlen her. Acht Vertretungen wurden geschlossen, zehn stehen unmittelbar vor der Schließung. Weitere sind vorgesehen. Dies wird im Augenblick geprüft. All dies ist verbunden mit sozialen Fragen. Hier gibt es ein Umschulungsprogramm auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes.

Ich möchte darauf hinweisen, daß auch das Außenministerium weiterhin arbeitsfähig sein muß. Und was hier an Arbeit auf uns zukommt, kann jeder ermesen, der weiß, daß Tausende Verträge, die die DDR mit anderen Ländern hat, jeweils einzeln überprüft und einvernehmlich mit den Partnern neu ausgedandelt, gekündigt oder verändert werden müssen. Da macht man nicht mit drei Leuten und mit der linken Hand. Gleichzeitig denke jeder daran, der sich in diesem Sommer auf den Weg in andere Länder macht, daß er konsularisch betreut werden möchte. Diese Art der Betreuung von Hunderttausenden von Bürgern der DDR ist eine Aufgabe der Botschaften, die es bisher nicht gab und die dort aber auch vonstatten zu gehen hat. Wir haben 50 000 ständig im Ausland lebende DDR-Bürger oder Bürger, die sich dort zur Arbeit aufhalten. Das alles sind Bürger, die betreut werden müssen. Außerdem haben wir dort eine Fülle von Eigentum und Liegenschaften, für die wir natürlich aufkommen müssen. Wir sind hier dabei, den Personalbestand zu reduzieren, aber ich bitte um Verständnis, daß wir erstens sozial verträgliche Lösungen suchen, das heißt also schrittweise Lösungen, und zum zweiten die Arbeitsfähigkeit aufrechterhalten müssen, solange es die DDR gibt. Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Es ist in der Aussprache zur Haushaltsdebatte nicht vorgesehen, daß die Minister zu einzelnen Ressorts noch einmal Antworten geben. Ich hatte Ihnen Gelegenheit gegeben, zu den persönlichen Anfragen Stellung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ehe wir in die Aussprache der Einzelpläne eintreten, möchte ich Sie noch einmal auf die noch vorhandenen Redezeiten hinweisen. Die CDU/DA hat noch eine Redezeit von 14 Minuten, die SPD von 18 Minuten, die PDS von 10 Minuten, die DSU von 12 Minuten, die Liberalen 10 Minuten, Bündnis 90/Grüne 13 und DBD/DFD 20 Minuten. Ich bitte Sie, die Redezeiten einzuhalten.

Wortmeldungen liegen mir vor zum Haushalt des Ministers für Finanzen. Ich bitte nun von der Fraktion CDU/DA Herrn Prof. Kühne, das Wort zu nehmen.

**Prof. Dr. Kühne für die Fraktion CDU/DA:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für jeden Haushaltsplan ist die Frage der Übereinstimmung von Einnahmen und Ausgaben, das heißt die Frage des Haushaltsausgleichs, von entscheidender Bedeutung. Und das, meine Damen und Herren, scheint mir auch für einen Haushalt zu gelten, der in der Diskussion mit Recht als ein Haushalt des Übergangs dargestellt worden ist.